

VON Stefanie Behling/ Annette Seefeldt

DATUM 13/08/20


E-MAIL Stefanie.behling@engie.com  
annette.seefeldt@engie.com

TELFON 

AN Poststelle.bk6@bnetza.de

## **BK6-20-059/ Stellungnahme zur Konsultation im Rahmen des Festlegungsverfahrens zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen**

Vielen Dank für die Möglichkeit zum Festlegungsverfahren zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen Stellung nehmen zu dürfen.

  
Insgesamt begrüßt ENGIE die Einführung eines bilanziellen Ausgleichs durch die Netzbetreiber bei der netzbedingten Abregelung von Erneuerbaren Energien. Auch eine Vorab-Information an die Bilanzkreisverantwortlichen über die geplante Redispatch-Maßnahme ist essentiell.

Dennoch gibt es auch Bedenken, die wir in Bezug auf die neuen Redispatch2.0-Prozesse haben:

- Aus Sicht von ENGIE ist es außerordentlich wichtig, dass (entschädigungslose) **Maßnahmen nach § 13 (2) EnWG** nur in absolut seltenen Ausnahme-Situationen vorkommen dürfen. Das heutige Einspeise-Management ist bislang eine Kombination aus § 13 (2) EnWG und EEG und es könnte die Gefahr bestehen, dass sich die Netzbetreiber nicht schnell genug auf die neuen Prozesse einstellen. Eine behördliche Klarstellung und Abgrenzung wäre hier im Sinne der Rechtssicherheit wünschenswert.
- Wir gehen davon aus, dass die bisherigen **Redispatch1.0-Prozesse** weiterlaufen und die Redispatch2.0-Prozesse eine Ergänzung für den neuen Anlagenkreis darstellen. Wenn die Festlegung nun für alle Anlagen ab 100 kW gelten sollte, würde dies auch Großkraftwerke und Anlagen >10 MW umfassen. Für die bislang in Redispatch 1.0 eingebundenen Anlagen stellt Redispatch 1.0 eine lange verhandelte solide Basis dar, und es ist nicht verständlich, warum diese auf unerprobte Prozesse umgestellt werden sollten. Einfacher wäre es, die Anlagen mit geringeren Restriktionen an das bestehende erfolgreich laufende System automatisiert anzubinden. Es ist daher unabdingbar, dass die RD 1.0-Prozesse, die der BNetzA vom BDEW im Jahr 2019 zugegangen sind, Anlage zu dieser Festlegung werden. Anderenfalls haben nur die Prozesse für die EE- und KWK-Anlagen Festlegungscharakter, die anderen nicht. Die Zusammenführung zu einem System ist sinnvoll – aus Anlagenbetreiber/EIV-Sicht wäre es ausreichend, wenn die Formate und kundenseitigen Prozesse vereinheitlicht würden. Priorität muss dabei die Systemsicherheit haben, d.h. erst wenn eine Prüfung der neuen Prozesse durchgeführt wird und diese auch für Anlagen >10 MW anwendbar sind, darf die Umstellung kommen. Dazu wäre eine erneute Konsultation erforderlich, um die Marktseite einzubinden.
- Bei Redispatch 2.0 soll der „**Data Provider**“ eine entscheidende Schnittstelle darstellen. Als Anlagenbetreiber und Direktvermarkter ist es für uns erfreulich, dass wir (immerhin einen Teil der Daten) an eine „Adresse“ kommunizieren können. Allerdings ist es extrem problematisch, dass derzeit unklar ist, was sich hinter dem „Data Provider“ verbirgt. Es muss sicher ausgeschlossen werden, dass nur teilweise unbündelte Netzbetreiber die Daten zu beliebigen Zwecken nutzen könnten. Insbesondere ist es kritisch, dass die Verteilnetzbetreiber so Zugang zu Betriebs- und

Geschäftsgeheimnissen erhalten und gleichzeitig in genau diesen Geschäftsfeldern selbst Aktivitäten haben. Sie haben damit eine Möglichkeit Benchmarking durchzuführen und eigene Projekte besser anbieten zu können (Batterien, Quartierslösungen, KWK und Wärmeerzeuger, EE). ENGIE stellt insbesondere die Übermittlung der Kostendaten an VNB in Frage. Für die Reihung des Abrufes werden Standardkosten mit Faktor verwendet und keine Ist-Kosten, so dass diese nicht zwingend notwendig zu übermitteln sind. Für die Abrechnung sind diese notwendig, da halten wir es für zweckmäßig, dass dieses finanzielle Settlement durch einen neutralen Dritten ohne Aktivitäten in direktem Wettbewerb zur Erzeugung (z.B. Data Provider, ÜNB) durchgeführt wird. Alternativ können die VNB sich vollständig entflechten, gerade mit Blick auf die EON und Innogy-Fusion. Auch würden sehr kleine VNB entlastet, die sich mit dem Prozess vielleicht gar nicht wirtschaftlich vertretbar befassen können/wollen.

- Insgesamt ist es schwierig die Redispatch 2.0-Prozesse abschließend zu beurteilen, da sich erst mit den zu kommunizierenden Inhalten (**Datenbedarfen**) und Datenformaten ein schlüssiges **Gesamtbild** ergibt.  
So ist es z.B. aus operativer Sicht essentiell, wer festlegen kann, wie eine „Steuerbare Ressource“ gebildet wird. Wird das Teil der Stammdatenmeldung des Einsatzverantwortlichen sein? In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass der AB/EIV ein Wahlrecht hat und dies nicht hinter betrieblichen Belangen (z.B. fehlende IT-Infrastruktur auf Netzseite, alle Anlagen hinter einem UW, etc.) zurücksteht. Sollte hier ein Übergangszeitraum notwendig sein, um den sicheren Systembetrieb nicht zu gefährden, ist das für ENGIE hinnehmbar, aber diese müssen nach einer realistischen Frist obsolet sein.
- Die BDEW-Dokumente umfassen auch Passagen zur Entschädigung von Erneuerbaren Energien im Redispatch. So ist es aus Sicht von ENGIE wichtig klarzustellen, dass es für EE-Anlagen in der ungeforderten Direktvermarktung einen **finanziellen Ausgleich für die verlorene grüne Eigenschaft** des abgeregelten Stroms geben muss.  
Darüber hinaus muss der **Abrechnungsaufwand** auch für Betreiber von EE-Anlagen als Redispatch-Kosten erstattet werden können (analog zu Redispatch 1.0).

In Bezug auf die Konsultationsfragen haben wir folgende Anmerkungen:

- *Ist es sinnvoll, dass diese Prozesse von allen Netzbetreibern umgesetzt werden, auch wenn bislang keine Redispatch- oder Einspeisemanagement-Maßnahmen mit an ihrem Netz angeschlossenen Anlagen durchgeführt wurden oder keine Anlagen ab 100 kW angeschlossen sind?*

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht weiterhin zügig voran. Aus Marktsicht ist es wichtig, dass alle Netzbetreiber, die von Redispatch betroffen sind oder betroffen sein werden, einheitlich und in vorgegebenen Fristen kommunizieren, um den Abwicklungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

- *Der Anspruch auf bilanziellen Ausgleich nach § 13a Abs. 1a (i. V. m. § 14 Abs. 1) EnWG richtet sich hingegen gegen den anweisenden Netzbetreiber. Wird die vom BDEW vorgeschlagene Prozessgestaltung gleichwohl für sinnvoll gehalten?*

Aus Anlagenbetreibersicht ist es wünschenswert, dass der bilanzielle Ausgleich immer durch den anweisenden Netzbetreiber erfolgt, um die Schnittstellen zu reduzieren. Wichtig ist vor allem die Buchung schnell zuordnen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Stefanie Behling  
Leiterin Energiepolitik Strom



Annette Seefeldt  
Leiterin Energiewirtschaftliche Grundsatzfragen